Das neue Landtagspräsidium gewählt

Weckel (SPD), Hickmann (DVP) und Kunz (NSDAP) / Kommunistische Fraktion rechnet mit den „linken" Wegbereitern des Faschismus ab / Die verbrecherischen Stahlkönige an dem Pranger

13. Landtagssitzung

Neu in den Landtag eingetreten ist der frühere Abgeordnete Genosse Ernst Scheffler, der an Stelle der Genossin Olga Körner trat. Die Genossin Körner legte nach der Wahl in den Reichstag ihr Mandat nieder. Als erster Tagesordnungspunkt wurde die Wahl des Präsidiums vollzogen, die symbolisch für die immer festere Bindung aller bürgerlichen Parteien und der SPD-Fraktion an die Politik des Finanzkapitals ist. Das Präsidium setzt sich zusammen aus Weckel (SPD) als Präsident, Hickmann (Volkspartei) als erster Vizepräsident und Kunz (NSDAP) zur Linken Weckels als zweiter Vizepräsident.

Für die kommunistische Fraktion gab der Genosse Renner eine Erklärung zu der Präsidentenwahl ab, die wir auf der ersten Seite veröffentlichen.

In allen Wahlgängen mußten Stichwahlen vorgenommen werden. Die Ergebnisse sind:

Präsidentenwahl: Weckel 35, Kunz 34, Hickmann 14 und Genosse Herrmann 12 Stimmen. 1. Vizepräsident Hickmann 40, Kunz 35 und Genosse Herrmann 12 Stimmen. 2. Vizepräsident Kunz 43 Stimmen, Brettschneider 39, Hentschel 10 und Genosse Herrmann 12 Stimmen.

Nach Abschluß der Wahl, die sich infolge der Stichwahlen lang hinzog, wurde die Bekanntgabe von der Wahl des Faschisten Kunz mit ironischen „Heil"-Rufen und lautem Gelächter beantwortet.

Nun, nachdem Weckel mit einer Stimme „Mehrheit" wiedergewählt wurde, trat Herr Bächel auf und beschuldigte die Kommunisten, daß sie nicht für den volksparteilichen und den Zentrumsparteikandidaten Brettschneider gestimmt hätten.

Unter ungeheurem Lärm der SPD-Fraktion wies der Genosse Renner die durch und durch unwahrhaftige Erklärung Böchels gebührend zurück. Sie ist schon dadurch gekennzeichnet, daß SPD und Volkspartei gemeinsam mit Faschisten im Präsidium sitzen. Die SPD verbindet nur durch ihre heftige Polemik gegen die KPD, daß sie noch stärker wie bisher an die Parteien des Bürgertums gebunden ist. Die früheren Wahlen haben bewiesen, daß ihr sogenannter „parlamentarischer Brauch", selbst als Kommunisten und Sozialdemokraten die Mehrheit im Landtag hatten, keine Anwendung in bezug auf die KPD fand. Schon 1922 stimmte die SPD mit der Volkspartei bei den Präsidiumswahlen gegen die KPD. Wir haben unsere Stellung zu all diesen Manövern in unserer Erklärung klar genug formuliert. Anschließend wurden als Beisitzer Mucker, Rautsch, Hartsch, Clows, Haußle und Günther gewählt.

Stillegung der Döhlener Gußstahlfabrik

Schleinitz (SPD) begründet den Antrag, in dem gefordert wird, Maßnahmen zur Weiterführung des Werkes zu treffen. Ministerialrat Dr. Kliem sagte im Auftrage der Regierung, daß dieses Werk seit Jahren eine gute Rente abgeworfen habe. Er bestätigte somit, daß durch die schändliche Lohnpolitik in dieser Mordbütte riesige Profite aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden wurden. Jetzt aber soll plötzlich das Werk „unrentabel" geworden sein. Die Behauptung des Stahltrusts, daß andere Werke die Spezialproduktion von Döhlen übernehmen könnten, wird von Sachverständigen bestritten. Die Verwaltung habe Millionen vom Staat gefordert, aber abgelehnt, sich irgendwelche Kontrolle gefallen zu lassen. Besonders interessant ist, daß nach den Ausführungen Dr. Kliems noch für mehrere Monate Aufträge vorhanden sind. Für die kommunistische Fraktion sprach der

Genosse Mätzig

Die bürgerliche Presse hat einen riesigen Lärm um die Preisabbauaktion gemacht, um die Illusionen der Massen zu stärken und dem Lohnraub den Boden zu bereiten. Die Stillegung des Stahlwerkes in Freital wird eine grausame Ernüchterung zur Folge haben. Die Stillegungsmaßnahmen der großen Kartelle dienen lediglich dazu, alle Außenseiter zu beseitigen und die absolute Diktatur zu errichten. Die Industriekapitäne, das zeigt dieser Fall Freital-Döhlen, sind die wirklichen Herren in Deutschland. Das Konsortium hat zum Aufkauf des Werkes riesige Summen bezahlt, nur um es in die Gewalt des Stahltrusts zu bekommen. Zu welchem Widersinn die kapitalistische Konzentration aber führt, zeigt der Bau eines neuen Hochofens durch den Thyssen-Konzern. Dieser Hochofen hat eine riesige Leistungsfähigkeit, wurde aber gebaut, obgleich die bisherige Produktionskapazität die Absatzmöglichkeiten weit übertrifft. Die Konzentration, die dadurch steigende Zahl der Erwerbslosen hat zur Folge, daß die Arbeiter noch schärfer ausgepreßt, daß noch größere Massen aufs Pflaster geworfen werden. Die Kämpfe der Kapitalisten um die Produktionsquoten werden voll auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Diese katastrophale Entwicklung aber widerlegt mit größter Deutlichkeit die Theorie der SPD-Führer vom „organisierten Kapitalismus", wie sie von Hilferding 1927 in Kiel und von Leipart noch vor wenigen Wochen in Stockholm aufgestellt ist. Die Wirklichkeit beweist aber die Richtigkeit der Theorie von Marx und Lenin, nach der die

Konzentration noch schärferer Klassenzusammenstöße,

noch größere Erschütterungen des Systems zur Folge hat. Die Regierung machte völlig vergebliche Anstrengungen. Offensichtlich ist, daß die Kapitalisten bewußte Wirtschaftssabotage betreiben, gegen die es nur ein Mittel gibt, das ist der organisierte Kampf der Arbeiter für ihre Forderungen und die Steigerung dieses Kampfes bis zur Niederringung des Kapitalismus. Wir stimmen diesem Antrag zu, betonen aber, daß eine Lösung der ungeheuren Erwerbslosigkeit, eine Beseitigung der Unternehmerwillkür nur im außerparlamentarischen Machtkampf möglich ist. (Beifall bei den Kommunisten.)

übrigen wünschten sie natürlich auch, daß [illegible] arbeitet, um so den Schwierigkeiten in der nächsten Zukunft [illegible] gehen zu können. Für die kommunistische Fraktion sprach nochmals der

Genosse Sindermann

Er wies darauf hin, daß die Delegation des Gußstahlwerkes hier im Landtag anwesend war, sich davon überzeugen konnte, daß man ihnen keinen Ausweg zeigt. Die Arbeiter werden infolge der Unternehmerdiktatur aufs Pflaster geworfen, sie werden daraus die Lehre ziehen, daß die Erwerbslosigkeit und das Elend nicht mit Bitten an den Landtag, sondern mit ganz anderen Mitteln bekämpft werden muß. Die Belegschaft wird erkennen, daß wir Kommunisten recht haben, wenn wir erklären, nur im außerparlamentarischen Machtkampf, durch gewaltsame Niederschlagung des kapitalistischen Systems wird der Weg frei für den Sozialismus. (Bravo und Beifall bei den Kommunisten.)

Schleinitz war die wirksame Rede des Genossen Sindermann so in die Knochen gefahren, daß er in seinem Schlußwort stammelte, die Delegation solle doch erkennen, daß alle Parteien vernünftig zu dem Gegenstand Stellung genommen, ihr Möglichstes getan hätten, nur die Kommunisten betrieben „Katastrophenpolitik". Der Erfolg dieses Gestammels war natürlich großes Gelächter. Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, den 18. November, 13 Uhr.

Warum verschwand „Genosse Sinzheimer"?

Ehe der Schiedsspruch für die Berliner Metallarbeiter gefällt war, sprach die SPD-Presse stolz davon, daß der Vertreter der Gewerkschaften, der „Genosse Sinzheimer", zum Schiedsrichter ernannt worden sei. Nachdem aber der Lohnraub-Schiedsspruch verkündet worden ist, sprechen die sozialdemokratischen Zeitungen nur noch von einem „Professor Sinzheimer". Der „Genosse Sinzheimer" war mit einem Schlag verschwunden.

Es ist der SPD-Presse sehr unangenehm, gerade jetzt zugeben zu müssen, daß dieser Sinzheimer ein hervorragendes Mitglied der SPD ist und außerdem ein bekannter ADGB-Vertreter, der auf zahlreichen Verbandstagen das gewerkschaftliche Referat hielt.

*

Der „linke" Sinzheimer gab eine Erklärung ab, in der er sagt:

„Ich teile in der grundsätzlichen Frage nach der volkswirtschaftlichen Berechtigung von Lohnsenkungen in der gegenwärtigen Lage alle Bedenken, die bereits von wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite dagegen erhoben worden sind."

„Erst als ich im Schiedsgericht mich davon überzeugen mußte, daß eine Lohnsenkung in Höhe von 8 v. H. mit sofortiger Wirkung geplant war, stand ich vor der Frage, ob ich eine solche Lohnsenkung in diesem hohen Ausmaß mit sofortiger Wirkung durch Mehrheitsentscheidung des Schiedsgerichts eintreten lassen oder ob ich mit meiner Stimme wenigstens eine zeitliche Hinausschiebung dieser Senkung zu erreichen suchen solle."

Herr SPD-Sinzheimer war als Wissenschaftler „dagegen" und als Sozialdemokrat dafür, wenn auch oder gerade durch einen stufenweisen Millionenraub in einigen Wochen die Forderungen der Unternehmer vollauf durchgeführt werden. Sie sind einander würdig, die Urich, der mit 4 bis 5 Prozent Lohnraub „gerechnet" hatte, und Sinzheimer, der den 8prozentigen Lohnraub auf Stottern „gegen seine eigene Ueberzeugung" verwirklichen hilft.

Die Hungerarmee wächst

Ueber eine halbe Million Ausgesteuerte in den Städten

Aus den Mitteilungen des Deutschen Städtetages ergibt sich eine gewaltige Steigerung der ausgesteuerten Erwerbslosen. In den Städten mit über 25 000 Einwohnern, die insgesamt 25 Millionen Einwohner zählen, waren am 31. Oktober 519 000 ausgesteuerte Erwerbslose gegenüber 478 000 am 30. September. Davon wurden 55 400 als Zwangsarbeiter beschäftigt. Wenn dazu noch die Landgemeinden und kleineren Städte unter 25 000 Einwohner gezählt würden, ist die Zahl der Ausgesteuerten geradezu erschreckend groß. Man kann sie demnach mindestens auf 1½ Millionen beziffern.

„Dividenden theoretisch möglich"

Die Harpener Bergbau-AG veröffentlicht in der Unternehmerpresse einen Bericht über den Geschäftsgang ihres Unternehmens, worin sie erklärt, daß zunächst „nur theoretisch" die Möglichkeit bestehe, auch für das verflossene Geschäftsjahr die Vorjahrsdividende von 6 Prozent wieder zur Verteilung zu bringen. Diese „theoretische Möglichkeit" ist nichts weiter wie eine Irreführung der Arbeiterschaft; denn die Aktionäre der Harpener Bergbau-AG werden nicht nur theoretisch, sondern praktisch ihre Profite in die Taschen stecken.

Seldte meldet „Ansprüche" an

Der „Stahlhelm", das Organ des Schnapsfabrikanten Seldte, bringt in seiner Nummer vom 9. November einen Artikel „Ablösung vor", der von Seldte selbst geschrieben ist. In diesem Artikel wird gesagt:

„Die Frontsoldaten melden ihre Ansprüche auf Gestellung ihrer Führer für die Staatsführung an. Das gesamte deutsche Volk muß sich darauf gefaßt machen daß wieder eine gewaltige Entscheidung herannaht."

Die faschistischen Formationen fühlen sich infolge der Unterstützung, die sie durch die SPD-Führer erhielten, bereits so stark, daß sie erklären, „jetzt wollen wir heran an die Futterkrippe", und falls ihre Forderung nicht erfüllt wird, wird mit gewaltsamen Entscheidungen gedroht. So haben Severing u. Co. durch das Verbot des RFB den Faschisten die Bahn bereitet. Die Arbeiter und auch die SPD-Proleten werden erkennen, daß es notwendig ist, den Antifaschistischen Kampfbund zu stärken.

Herunter die Arbeitszeit im Bergbau

Am Sonntag fanden im Ruhrgebiet zahlreiche Versammlungen der christlichen Bergarbeiter statt, die sich mit der Frage der Arbeitszeit befaßten. In den angenommenen Entschließungen, die von den christlichen Gewerkschaftsbürokraten vorgelegt wurden, wird verlangt, daß die Arbeitszeit unter Tage auf sieben Stunden und über Tage auf acht Stunden festgesetzt werden soll. Diese Forderungen sind absolut ungenügend um zu zeigen, daß die Gewerkschaftsbürokratie gar nicht daran denkt, ernsthaft etwas in der Arbeitszeitfrage zu tun. Die heutige Ausbeutung der Bergarbeiter, ihr schwerer Beruf, die Massenerwerbslosigkeit erfordern eine weit stärkere Verkürzung der Arbeitszeit. Die Bergarbeiter müssen sich die Forderungen der RGO zu eigen machen, die lauten:

Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau unter Tage auf sechs Stunden, über Tage auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich und einer Erhöhung der Schichtlöhne.

Achtung, Instrukteure und Referenten!

Die für Sonnabend und Sonntag festgesetzten Sitzungen in den UB für Instrukteure und Referenten zur Vorbereitung der Durchführung der Diskussion über die Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes fallen aus. Neue Termine werden bekanntgegeben.

Völkischer Beobachter zörgiebelfromm

Grzesinski hat, um den Arbeitern die „Objektivität" der sozialfaschistischen Staatsfunktionäre zu demonstrieren und gewissermaßen auch zu zeigen, wie „gegen den Faschismus gekämpft wird", den „Angriff" des Nazi-Goebbels ebenfalls auf 8 Tage verboten, weil angeblich die Ohrfeige des Herrn Zörgiebel eine strafbare Billigung erfahren hätte. Dieses Verbot ist ja in Wirklichkeit ein Schlag ins Wasser und soll ja auch die Nazis gar nicht treffen. Interessant ist deshalb, wie der „Völkische Beobachter" darauf reagiert. Er sagt in seiner Mittwoch-Ausgabe:

„In der betreffenden Meldung stand gar keine Billigung der „proletarischen" Abreibung für Zörgiebel, sondern es wurde nur ironisch gesagt, selten zwar, aber doch zuweilen seien kommunistische Taten nicht ganz unsympathisch."

Der „Völkische Beobachter" will damit zum Ausdruck bringen, daß er im Grunde seines Herzens die „proletarische" Abreibung Zörgiebels verurteilt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn bei dem Schutz, den die Nazis für ihre Mordüberfälle genießen, müssen sie sich auch in entsprechender Form revanchieren.

Entlarvter Nazimordschwindel

„Seinen Verletzungen erlegen. Der Arbeiter P. Schweizer, geboren in Metz, wohnhaft hier, Marktstr. 68, ist am Samstag, 28. April, in Faurndau (bei Göppingen) vom Fahrrad gestürzt und gegen eine Mauer gefallen. Seinen Verletzungen, Schädelbruch und Gehirnerschütterung, ist er am Samstag, 5. Mai, im hiesigen Krankenhaus erlegen."

Diese Notiz brachte der Stuttgarter Polizeibericht am 7. Mai 1928. Jetzt veröffentlicht der Völkische Beobachter in seiner Beilage Der SA-Mann, Nr. 43 vom 6. November, eine Totenliste von „ermordeten" SA-Leuten in den letzten Jahren und meldet dabei, daß am 5. Mai 1928 der Pg. Paul Schweizer „ermordet" worden sei. Die Jünger des „Dritten Reiches" nehmen es eben mit der Wahrheit nicht so genau; doch ihre Lügen haben kurze Beine. Wieviel der gestorbenen SA-Männer mögen wohl auf ähnliche Art und Weise bei Stürzen von Fahrrädern usw. „ermordet" worden sein?

Arbeitermörder Pabst wieder in Oesterreich

Wien, 13. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Für den weiteren Kurs in Oesterreich auch nach den Wahlen ist bezeichnend, daß der von der Regierung Schober ausgewiesene und vom Ministerium Seipel-Starhemberg zurückgerufene Hauptmann Pabst am Brenner mit Fackelzug und „Ehrentrunk" empfangen und nach Innsbruck gebracht wurde. Von den italienischen Faschisten wurde er an der Grenze herzlich begrüßt. Sämtliche Heimwehrführer waren zum Empfang des Generalstabschefs der Putschisten vertreten.

Dazu erhielten sie Waffen von SPD-Führern!

Pabst erklärt dem deutschen Proletariat den Krieg

Wien, 14. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Der mit Instruktionen Mussolinis für den kommenden Staatsstreich in Oesterreich ausgestattete Major Pabst hielt bei seinem Einzug in Innsbruck eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Die Heimwehr muß sich bereit halten, die Macht im Staate zu ergreifen und es wird schon in allernächster Zeit, wenn es soweit ist, unser Beispiel auch auf das ganze deutsche Vaterland übergreifen."

Diese Ausführungen des Putschisten Pabst sind nicht etwa nur Phrasen, sondern sie kennzeichnen die Absicht der Faschisten, die Diktatur in Oesterreich und Deutschland, wenn nicht anders, dann mit Gewalt, aufzurichten.